

XXV.GP.-NR**434 /J****22. Jan. 2014****ANFRAGE**

der Abgeordneten Heinzl
und GenossInnen
an den Bundesminister für Justiz
betreffend Gerüchte über die Umsiedlung der Justizanstalt Stein nach Statzendorf

Nach jüngsten Medienberichten (Kurier Niederösterreich vom Samstag, 4. Jänner 2014, Seite 16, sh. Beilage; Niederösterreichische Nachrichten vom Mittwoch, 8. Jänner 2014, Seite 11) gibt es Gerüchte darüber, dass die Justizanstalt Stein von Krems nach Statzendorf verlegt werden sollte. Hintergrund der diesbezüglichen Bestrebungen sei, dass der Kremser Uni-Campus aus allen Nähten platze und die Fachhochschule nach Erweiterungsmöglichkeiten suche. Entsprechend den Gerüchten - für die es allerdings keine konkreten Belege gibt - sei Statzendorf als neuer Standort in Erwägung gezogen worden.

Der Bürgermeister der Gemeinde Statzendorf Michael Küttner spricht entsprechend dem Medienbericht im Kurier deutlich davon, dass, wenn die Gerüchte stimmen, dies „jedenfalls eine Katastrophe“ wäre.

Der Kremser Bürgermeister Reinhard Resch hält demgegenüber eine Absiedlung der Justizanstalt Stein für undenkbar: „Die Anstalt ist uns zu wichtig, als dass wir einem anderen Standort als Krems zustimmen würden.“

Angesichts der Tatsache, dass die Verantwortungsträger einerseits in Krems die Anstalt unbedingt im Gemeindegebiet Krems erhalten wollen und andererseits in Statzendorf man keineswegs Standort einer Justizanstalt sein will, scheint es dringend geboten, dass von Seiten des Bundesministers für Justiz Klarheit darüber hergestellt wird, was geplant ist. Es soll die Bevölkerung nicht vollkommen unnötig in Unruhe versetzt werden.

Dem Vernehmen nach hat die vorige Justizministerin Dr. Beatrix Karl zugesagt, dass eine Verlegung der Justizanstalt Stein – wenn überhaupt – nur innerhalb des Gemeindegebietes von Krems möglich wäre.

Damit in dieser für die Bevölkerung wichtigen Frage endlich Klarheit geschaffen wird, richten die unterzeichneten Abgeordneten daher an den Bundesminister für Justiz nachstehende

Anfrage:

1. Gibt es von Seiten des Bundesministeriums für Justiz Pläne, die Justizanstalt Krems ab zu siedeln?
2. Wenn ja: Welche Standorte kommen für eine diesbezügliche Übersiedlung in Frage?
3. Können Sie ausschließen, dass Statzendorf im Fall einer Übersiedlung der Justizanstalt Krems neuer Standort wird?
4. Dem Vernehmen nach hat Ihre Vorgängerin Dr. Beatrix Karl zugesagt, dass eine Verlegung der Justizanstalt Stein – wenn überhaupt – nur innerhalb des Gemeindegebietes von Krems möglich wäre. Können Sie sich dieser Zusage anschließen?

Anton Heinzl
Dietl Be
Viering

Neue Nahrung für Gerüchte um angebliche Absiedlung von 800 „schweren Jungs“

VON GILBERT WEISBERG
UND JOHANNES WEICHHART

Krems/Statzendorf. Muss das Gefängnis Stein weichen, weil der Campus in Zukunft mehr Platz braucht? Der KURIER ging neuen Gerüchten auf den Grund.

Der Kremser Uni-Campus ist dabei, aus allen Nähen zu platzen. Nach einer Erweiterung der Fachhochschule steht in den kommenden Jahren ein Bau für die neue private Medizinuni an. Als möglicher Erweiterungsraum wird immer wieder über die benachbarte Justizanstalt (JA) Stein (rund 800 Häftlin-

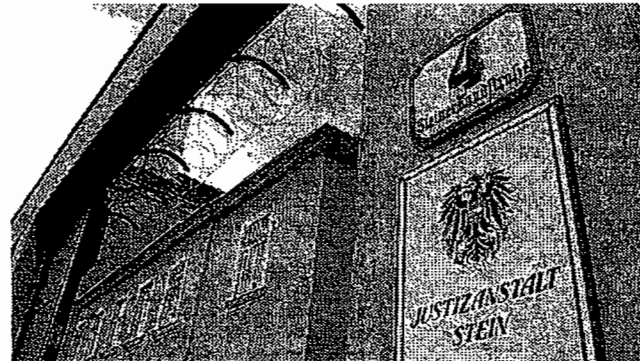
ge, 30 Werkstätten) spekuliert. Nun ist die Gerüchteküche dazu um einen Aspekt reicher: Ein riesiges Grundstück, an dem die Bundesimmobiliengesellschaft (BIG) in Statzendorf, Bezirk St. Pölten, interessiert sein soll, lässt bei manchen Bürgern der 15

Kilometer südlich von Krems gelegenen Gemeinde die Alarmglocken schrillen. Dass es zusätzlich im November eine Begehung in der JA gab, an der auch ein hoher Justizbeamter teilnahm, gibt den Gerüchten zusätzliche Nahrung. Daran können

auch die Dementi aller Beteiligten wenig ändern.

Bei der BIG betont man, dass das besagte Areal nicht erworben wurde.

„Ja, ich habe auch von den Gerüchten gehört. Ich werde mich erkundigen, ob etwas dahintersteckt. Würden sie



„Gefängnis in unserer Gemeinde wäre eine Katastrophe“, sagt Ortschaftschef Michael Küttner

stimmen, wäre es für uns jedenfalls eine Katastrophe“, sagt Statzendorfs Bürgermeister Michael Küttner im Gespräch mit dem KURIER.

Bei der Begehung im November sei es ganz allgemein um Stadtentwicklung gegangen, betont der Kremser Bürgermeister Reinhard Resch, der eine Absiedlung für undenkbar hält: „Die Anstalt ist uns zu wichtig, als dass wir einem anderen Standort als Krems zustimmen würden.“

Treffen

„Ich habe Justizanstalt und das Ministerium zu einem Treffen im Sinne guter Nachbarschaft geladen“, erklärt Heinz Boyer, Gründer der IMC-Fachhochschule. Eine Absiedlung der Anstalt sei nicht im Vordergrund gestanden, man habe aber auch kein Thema ausgeklammert.